

Anne Helm
Fraktionsvorsitzende

Carsten Schatz
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
im Abgeordnetenhaus von Berlin

DIE LINKE, Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin • Niederkirchnerstr. 5 • 10111 Berlin

Berlin4Future

per Mail: berlin@berlin4future.de

Berlin, den 9. März 2021

Sehr geehrter Herr Hübner, sehr geehrte Frau Schwarz, sehr geehrte Frau Kunkel,

vielen Dank für Ihren Brief an die Mitglieder der Linksfraktion, den wir stellvertretend für die Fraktion beantworten.

Wir teilen ihre Sorge, dass angesichts der enormen Herausforderungen der Pandemie die erforderlichen Maßnahmen zur Reduzierung der Klimakrise und Erreichung der Pariser Klimaschutzziele in den Hintergrund rücken. Das darf auf keinen Fall passieren und wir treten dem entschieden entgegen.

Wirtschaftshilfen und Konjunkturprogramme müssen in die Krisenfestigkeit und den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft konzentriert werden, durch Aufstockung der Mittel für die Sanierung öffentlicher Gebäude, durch Investitionen in Erneuerbare Energien, durch Ausbau und Attraktivitätssteigerung des ÖPNV, durch Bindung von Wirtschaftshilfen an den ökologischen Umbau in der Industrie. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung der Schuldenbremse sowie für eine Besteuerung hoher Vermögen ein, um den nötigen Spielraum zur Finanzierung des sozial-ökologischen Umbaus zu erhalten.

In den vergangenen vier Jahren konnten wir mit R2G zwar nicht alles, was wir uns vorgenommen hatten, jedoch bereits viel erreichen. Und wir setzen uns dafür ein, dass es in der verbleibenden Zeit noch gelingen wird, weitere wichtige Schritte umzusetzen, beispielsweise mit der Weiterentwicklung des Mobilitätsgesetzes, mit der Verabschiedung des Solargesetzes und mit der Novelle des Energiewendegesetzes, bei der wir auch die Klimaziele des Landes Berlin verschärfen wollen.

DIE LINKE, Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin
fon: 030.23252565, fax: 030.23252505
helm@linksfraktion.berlin

fon: 030.23252523, fax: 23252505
schatz@linksfraktion.berlin

In der aktuellen Legislaturperiode ist es gelungen, den von unserer damaligen Senatorin Katrin Lompscher in der Klimaschutzvereinbarung mit Vattenfall von 2008 eingeleiteten Kohleausstieg fortzuführen. Die damals vereinbarte Abschaltung der Kohlekraftwerke Klingenberg und Reuter C wurde umgesetzt. Nun muss die Abschaltung der verbleibenden Kohlekraftwerke realisiert werden. Im Unterschied zu vielen anderen Kohlekraftwerken liefern diese jedoch auch die Wärme für hunderttausende Haushalte in Berlin. Je schneller wir alternative Wärmequellen erschließen und den Wärmebedarf durch energetische Sanierung reduzieren, desto früher können die Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Eine Abschaltung beider Kraftwerke, Moabit und Reuter-West, bis 2025 erscheint vor diesem Hintergrund leider aktuell nicht realistisch. Die Abschaltung bzw. Umrüstung sollte frühestmöglich, jedoch im Fall von Moabit bis spätestens 2025 und von Reuter-West bis spätestens 2028 erfolgen.

Bei der Umsetzung des Kohleausstiegs wollen wir einen Lock-In in eine verstärkte Erdgasabhängigkeit vermeiden und in der kommenden Wahlperiode eine Machbarkeitsstudie für einen Ausstiegsfahrplan aus der Nutzung fossilen Erdgases auf den Weg bringen. Erdgas ist vor allem aufgrund der hohen Methanemissionen kein klimafreundlicher Energieträger, so dass wir auch dessen Nutzung beenden müssen. Um eine Dekarbonisierung der Fernwärme zu erreichen, wollen wir im Rahmen der Änderung des Energiewendegesetzes verbindliche Grenzwerte für erneuerbare Wärme sowie den Ausstoß von CO₂-Emissionen festlegen.

Den Bau nicht zukunftsgerechter fossiler Infrastrukturen lehnen wir ab. Dazu gehört selbstverständlich auch weiterhin die Ablehnung des 17. Bauabschnitts der A100 wie wir auch bereits den 16. BA abgelehnt hatten. Die Weiterführung der A100 über Treptow über Friedrichshain bis nach Lichtenberg würde mehr Verkehrsprobleme mit sich bringen als sie zu lösen. Wir werden alles dafür tun, dass der 17. Bauabschnitt aus dem Bundesfernstraßengesetz ersatzlos gestrichen wird und gegen den Willen des Landes Berlin kein Planfeststellungsverfahren eröffnet wird. Wir wollen, dass dazu auch die Möglichkeit genutzt wird, gemäß Fernstraßen-Bundesamt-Errichtungs-gesetz die Planfeststellungsbehörde vom Bund zurück an das Land Berlin zu übertragen. Leider konnten wir uns in der vergangenen Legislaturperiode gegenüber unseren Koalitionspartnern nicht damit durchsetzen, dass die Planungshoheit erst gar nicht an den Bund abgetreten wird. Außerdem wollen wir prüfen, ob der 16. Bauabschnitt zu einer Stadtstraße mit Radschnellweg herabgestuft werden kann.

Wir werden auch weiterhin gegen den Ausbau des Flughafens BER mit einer dritten Start- und Landebahn am Flughafen BER eintreten und lehnen eine Erweiterung der Kapazitäten des Flughafens über die bisherigen Planungen hinaus ab. Auf Bundesebene treten wir dafür ein, dass Flugreisen auf Strecken, die auch mit der Bahn innerhalb von fünf Stunden zurückgelegt werden können, verboten werden. Für den öffentlichen Dienst Berlins wollen wir die Reduzierung der Flugreisen mit einer Änderung des Landesbeamten-gesetzes noch in dieser Wahlperiode fest-schreiben.

Mit der Etablierung der Berliner Stadtwerke konnten wir den Ausbau der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien bereits deutlich voranbringen. Viel zu oft werden jedoch noch Häuser gebaut oder saniert, ohne dass gleichzeitig Solaranlagen installiert werden. Daher treten wir seit Jahren für ein Solargesetz ein, das zur Installation von Solaranlagen verpflichtet. Aktuell befindet sich nun ein Gesetz zur Beratung im Abgeordnetenhaus, das eine solche Verpflichtung bei Neubau und Dachsanierungen enthält. Wir setzen uns dafür ein, dass es noch vor der Sommerpause verabschiedet wird. Zudem ist im Rahmen der noch in dieser Wahlperiode geplanten Novelle des Energiewendegesetzes vorgesehen, dass bis Ende 2024 sofern technisch möglich auf allen Dächern öffentlicher Gebäude Solaranlagen installiert werden müssen. Den Ausbau Erneuerbarer Energien wollen wir außerdem mit einem Wärmegesetz, das verpflichtende Vorgaben zur Nutzung Erneuerbarer Energien bei Heizungsaustausch macht, voranbringen.

Die Erreichung der Pariser Klimaziele wird nicht möglich sein ohne die Verkehrswende. Die Linksfraktion setzt sich daher für den schnelleren Ausbau und die Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes (ÖPNV, Fahrrad, Fußverkehr) durch massive Investitionen für neue Schienenverkehrsstrecken und mehr Leistungsbestellungen, für den beschleunigten Ausbau von Radwegen und für sicheren Fußverkehr in der Stadt ein. Der Ausbau des ÖPNV muss beschleunigt werden, damit die Menschen auch ohne Auto ihre Ziele erreichen. In Anbetracht der knappen Zeit können wir dafür nicht auf irgendwelche U-Bahn-Pläne, die erst in vielen Jahren zur Verfügung stehen, warten, sondern wollen uns auf den schneller realisierbaren und günstigeren Straßenbahnausbau konzentrieren. Gleichzeitig mit dem steigenden Angebot wollten wir die Stadt in Richtung einer autoärmeren Stadt umbauen, zur Entlastung von Bewohner*innen, Umwelt und Klima.

Für den verbleibenden Restverkehr ist bei Verfügbarkeit von ausreichend Strom aus erneuerbaren Energien der Elektroantrieb als im Betrieb CO₂-freier Antrieb am energieeffizientesten und am wenigsten klimaschädlich. Daher setzen wir uns für ein Neuzulassungsverbot für Verbrennerautos spätestens ab 2030 ein. Für die Einführung einer Zero-Emission-Zone, die wir anstreben, sind die Voraussetzungen zu schaffen. Bisher ist noch unklar, auf welche Rechtsgrundlage sich eine ZEZ stützen soll. Auch die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine ZEZ, bestehen noch nicht (z.B. Ladestationen für E-Autos). Es wurde weder untersucht, welche Ausweichverkehre außerhalb des Rings dadurch entstehen würden, noch wie hoch die erhoffte Reduzierung von Treibhausgasemissionen ist. Auch sind die Auswirkungen einer ZEZ auf die Mobilität von Menschen, die sich nicht mal schnell ein neues E-Auto kaufen können oder die kein Einfamilienhaus mit eigener Photovoltaik-Anlage und Ladestation haben, sondern in Mietshäusern wohnen und auf eine entsprechende Infrastruktur weiter warten müssen, zu klären und Lösungen zu entwickeln. Wenn es gelingt, diese Fragen zu klären und die Voraussetzungen zu schaffen, können wir uns auch eine Umsetzung bis 2030 vorstellen.

Der Schutz unseres Klimas und der Erhalt unserer natürlichen Umwelt ist eine Querschnittsaufgabe für die ganze Stadt. Wir wollen daher die umwelt- und klimabezogenen Bildungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausbauen. Dazu gehört auch die Verankerung von klimapolitischen Themen in Bildungsplänen.

Umwelt- und Klimabildung beginnt für uns jedoch nicht erst in der Schule. Umweltbildung ist bereits im Berliner Kitabildungsprogramm fest verankert. Kinder im Vorschulalter sind auch in Berlins "Grünen Lernorten" wie Kinderbauernhöfen, Gartenarbeitsschulen, Schulumweltzentren regelmäßig unterwegs. Das wollen wir ausbauen und fördern. Außenflächen von Kitas sollen Stadtkindern die Möglichkeit bieten, direkt vor der Tür Umwelt zu erleben, zu erfahren und sich kindgerecht mit Umwelt und ihren Einflussfaktoren auseinanderzusetzen, z.B. im Hinblick auf Gesunde Ernährung und Lebensweise. Die Kita soll ein Erfahrungs- und Erlebnisraum auch in Sachen Umwelt und Klima sein.

In der Ausbildung von Lehrkräften und Erzieher*innen benötigen dafür auch Nachhaltigkeitsthemen einen größeren Raum und müssen verbindlich im Studium verankert werden.

Wir werden uns auch weiterhin für Klimagerechtigkeit und für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft einsetzen und streiten um die besten Lösungen zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, wobei wir uns am 1,5-Grad-Ziel orientieren. Der Druck durch die außerparlamentarische Klimabewegung ist elementar, um Maßnahmen zu entwickeln und voranzubringen. Daher auch Ihnen vielen Dank, dass Sie mit Ihrem Engagement mit dazu beitragen, in den aktuellen Zeiten die klimapolitische Debatte aufrecht zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen



Anne Helm



Carsten Schatz